

26.04.22

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum angekündigten Europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat mit Schreiben vom 26. April 2022 Folgendes mitgeteilt:

Der Bundesrat hat am 11. März 2022 eine Entschließung zum geplanten EU-Rechtsakt Medienfreiheit gefasst (Drucksache 52/22 (Beschluss)).

Gemäß Ziffer 15 der Entschließung sei die Stellungnahme der Länder von der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 5 Satz 2 GG und § 5 Absatz 2 EUZBLG maßgeblich zu berücksichtigen, weil bei dem Vorhaben in Schwerpunkten die Befugnisse der Länder zur Gesetzgebung im Hinblick auf die Ausgestaltung des Rundfunkrechts in und für Deutschland betroffen sei. Zudem wird gefordert, dass die Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 6 GG und § 6 Absatz 2 EUZBLG bei den Beratungen der Ratsarbeitsgruppen und des Ministerrates in diesem Bereich die Verhandlungsführung auf die Länder überträgt.

Aus Sicht der Bundesregierung kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden, ob der von der Europäischen Kommission für das 3. Quartal 2020 angekündigte Rechtsakt, wie in § 6 Absatz 2 EUZBLG gefordert, schwerpunktmäßig das Rundfunkrecht betreffen wird, oder, ob beispielsweise Presseangelegenheiten und Online-Plattformen gleichrangig betroffen sind. Ein Abstellen auf den konkreten Inhalt der Vorlage der Europäischen Union ist jedoch gemäß der Anlage zu § 9 EUZBLG Ziffer III Nr. 2 S. 1 erforderlich.

Die Bundesregierung ist daher der Auffassung, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission für die Frage der Übertragung der Verhandlungsführung abgewartet werden muss. Sollte der Bereich Rundfunkrecht im Schwerpunkt betroffen sein, wird die Verhandlungsführung, ähnlich wie bei auch bei den Verhandlungen zur AVMD RL geschehen, auf die Länder übertragen werden.

Unabhängig hiervon sollten Bund und Länder bereits jetzt miteinander über den geplanten Rechtsakt in Austausch treten, um die jeweiligen Positionen miteinander abzugleichen und fortzuentwickeln. Daher plädieren wir auch dafür, bereits vor Veröffentlichung des Rechtsaktes in Brüssel „mit einer Stimme zu sprechen“. Wir bitten dies bei Positionierungen der Länder gegenüber der Europäischen Kommission zu beachten.